Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
(Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.)

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,200.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 30 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4 gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 350. Mittwoch den 16. December 1885. 79. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Wegen Reinigung der Localitäten des unterzeichneten Amtes wird Mittwoch, den 16., und Donnerstag, den 17. d. Mts., nur Vormittags von 8 bis 11 Uhr expedirt, und ist die in den Standesamts-Localitäten befindliche Friedhofscasse auch nur während obgedachter Zeit geöffnet.

Leipzig, den 14. December 1885.

Das Königl. Sächs. Standesamt.

Bekanntmachung.

Von den am 22. und 23. October d. J. **zum Verkaufe versteigerten Bauplätzen des Baublocks I. des ehemal. fiscalischen Holzhofs und Kohlenbahnhofs** sind die **Plätze Nr. 2, 3, 8** den Höchstbietern **zugeschlagen**, die **Gebote** auf den **Platz Nr. 16** aber **abgelehnt** worden.

In Gemäßheit der Versteigerungsbedingungen werden die Bieter auf letzteren Platz, sowie die übrigen Bieter auf die ersteren drei Plätze hiermit **ihrer Gebote entlassen.**

Leipzig, den 11. December 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Leutti.

Bekanntmachung.

Laut Angabe der am 28. December 1868 zu **Russisch-Neustadt** geborenen Stepperin **Lina Jankelowitz** ist deren von uns im Jahre 1883 unter Nr. 605 ausgestelltes Arbeitsbuch im Juni dieses Jahres in hiesiger Stadt verloren gegangen.

Wir bitten, dasselbe im Auffindungsfalle anher, Obstmarkt Nr. 3, 2. Etage (Stadthaus) abgeben zu wollen.

Leipzig, am 7. December 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Reichel.

Nutzholz-Auction.

Montag, den **28. December** dss. Jahres sollen von Vormittags 9 Uhr an auf den Mittelwaldschlägen der Abtheilungen 16b und 17a des **Burgauer** Forstreviers, im sogenannten Möckernschen Winkel

65 Eichen-
92 Buchen-
39 Rüstern-
29 Linden-
6 Ahorn-
7 Eschen-
8 Mastholder-
24 Ellern-
9 Aspen-
1 Apfelbaum- } **Nutzklötze** und
38 Stück **Schirrhölzer**

unter den im Termine aushängenden Bedingungen und der üblichen Anzahlung an Ort und Stelle nach dem Meistgebote verkauft werden.

Zusammenkunft: Auf dem Mittelwaldschlage in Abtheilung 16b in der Nähe der Leutzsch-Wahrener Luppenbrücke.

Leipzig, am 14. December 1885.

Des Raths Forstdeputation.

Holz-Auction.

Freitag, den **8. Januar** 1886, sollen von Vormittags 9 Uhr an auf den Mittelwaldschlägen der Abtheilungen 16b und 17a des Burgauer Forstreviers, im sogenannten Möckernschen Winkel

68 Rmtr. Eichen- **Nutzscheite,**
241 „ Eichen-
39 „ Buchen-
3 „ Rüstern-
25 „ Linden-
1 „ Ellern-
2 „ Aspen-
8 „ Weiden- und } **Brennscheite,**
5 „ Ellern- } **Rollen**

unter den im Termine aushängenden Bedingungen und der üblichen Anzahlung an Ort und Stelle nach dem Meistgebote verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Mittelwaldschlage in Abtheilung 16a in der Nähe der Leutzsch-Wahrener Luppenbrücke.

Leipzig, am 14. December 1885.

Des Raths Forstdeputation.

Versteigerungsausgebot.

Zum Zwecke der Zwangsvollstreckung soll das dem Kaufmann **Adolf Körter** in **Gilbitz** verliehene Bergwerkseigenthum, nämlich die auf

Fol. 37 des Berg-, Grund- und Hypotheken-Buchs des Bergamtsreviers Gera,

eingetragene Braunkohlengrube „Jäger", umfassend die Vorerbe Flurbuch Nr. v. 86, v. 87, 88, 89, 90, 91, v. 92, v. 93, v. 94, 95, 96, 97, v. 99, v. 102 der Flur Kleinaga, v. 320 der Flur Großaga und v. 11, v. 56, v. 58, v. 60, 61, 62, v. 63, 64, v. 65, v. 66 und von 106 der Flur Reichenbach mit einem Flächengehalte von 892,323 □Mtr. = 223 323/1000 Maßeinheiten, zu welcher 2 Trockenschuppen, 1 Förderbaake, 1 Preßgebäude nebst Preßmaschine, 1 Betriebsmaschinengebäude nebst Betriebsmaschine, 1 Kesselhaus nebst 2 Kesseln, 1 Förderthurm, 1 Fördergebäude nebst Fördermaschine, 1 provisorisches Kesselhaus nebst Dom gehören,

Mittwoch, den 23. December 1885, Vormittags 11 Uhr

an Ort und Stelle, d. h. auf der Grube „Jäger" bei Kleinaga durch uns öffentlich versteigert werden.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags soll sofort nach Schluß der Versteigerung verkündet werden.

Vorkaufsberechtigte haben sich bei Verlust ihres Rechts über dessen Ausübung noch vor Schluß des Versteigerungstermins zu erklären.

Der vierte Theil der Erstehungssumme ist im Versteigerungstermine baar zu bezahlen, oder durch Pfand oder Bürgen sicher zu stellen.

Die nähere Beschreibung des zu versteigernden Bergwerkseigenthums und die Verkaufsbedingungen sind zu Jedermanns Einsicht hier ausgelegt.

Gera, am 23. November 1885.

Das Fürstliche Bergamt.
E. Mehlhorn.

Holzauction.

Montag, den **4. Januar** 1886, sollen von Vormittags 9 Uhr an auf dem Mittelwaldschlage in Abth. 17a des **Burgauer** Forstreviers, im sogenannten Möckernschen Winkel

150 starke **Abraumhaufen** und
160 „ **Langhaufen**

unter den im Termine aushängenden Bedingungen und der üblichen Anzahlung an Ort und Stelle nach dem Meistgebote verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Mittelwaldschlage in Abth. 17a, nicht an den Möckernschen Ziegellachen und der Luppe.

Leipzig, am 14. December 1885.

Des Raths Forstdeputation.

Holz-Auction.

Mittwoch, den **13. Januar** 1886, sollen von Vormittags 9 Uhr an auf dem Mittelwaldschlage in Abth. 16b des **Burgauer** Forstreviers, im sogenannten Möckern'schen Winkel

150 starke **Abraumhaufen** und
140 „ **Langhaufen**

unter den im Termine aushängenden Bedingungen und der üblichen Anzahlung an Ort und Stelle nach dem Meistgebote verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Mittelwaldschlage in Abth. 16b in der Nähe der Leutzsch-Wahrener Luppenbrücke.

Leipzig, am 14. December 1885.

Des Raths Forstdeputation.

Nichtamtlicher Theil.

Zur Balkankrisis.

Was die Conferenz nicht zu erreichen vermochte, das hat das Friedensbedürfniß der europäischen Mächte zu Wege gebracht. Wenn überhaupt der Friede zwischen Serbien und Bulgarien zu Stande kommen sollte, so mußte die künstliche und gewaltsame Verbindung zwischen dem serbisch-bulgarischen Kriege und der ostrumelischen Frage, welche Serbiens Ränke geschaffen hatten, gelöst werden. Die Türkei wollte bekanntlich in nicht gerade edelmüthiger Weise die Nothlage Bulgariens benutzen, um den früheren Zustand in Ostrumelien wiederherzustellen; der Widerstand, welchen sie bei der ostrumelischen Bevölkerung fand, belehrte jedoch die Türkei darüber, daß an die Aufrechthaltung des früheren Zustandes nur so lange zu denken sei, als sie mit den Waffen in der Hand erzwungen würde. Selbst der Einmarsch von 100,000 Türken in Ostrumelien wäre ein zweifelhaftes Zwangsmittel gewesen, weil höchst wahrscheinlich die wehrfähigen Bulgaren Widerstand geleistet hätten. Für Serbien wäre natürlich ein Streit in Ostrumelien ein willkommenes Ereigniß gewesen, um im Trüben zu fischen. Fürst Alexander war dann vor die Wahl gestellt, entweder Ostrumelien seinem Schicksal zu überlassen oder schleunigst Frieden mit Serbien zu schließen und seine Armee gegen die Türken zu wenden. Als jedoch der Sultan einsah, daß es in diesem Falle nicht ohne Blutvergießen abgehen würde, und da er nicht wußte, wie sich die Großmächte einem türkisch-bulgarischen Kriege gegenüber verhalten würden, so zog er es vor, die ostrumelische Frage einstweilen auf sich beruhen zu lassen und von der Sendung Djevdet Paschas Abstand zu nehmen. Jetzt ist Fürst Alexander von der schwersten Sorge befreit und in der Lage, seine Aufmerksamkeit ausschließlich auf den Friedensschluß mit Serbien zu richten. Deshalb hat er sich auch entschlossen, Medjid Pascha, welcher im Auftrage des Sultans mit ihm über die Friedensbedingungen verhandeln soll, zu empfangen, nicht um den etwaigen Weisungen der Türkei Folge zu leisten, sondern lediglich, um sich mit ihm über die Lage zu unterhalten. Man erkennt daraus das Streben des Fürsten, sich von dem türkischen Einflusse mehr und mehr unabhängig zu machen. Die Wendung, welche er bei diesem Anlaß gebraucht, die Türkei von dem serbisch-bulgarischen Streitfall zu entlasten, erweckt die Vermuthung, daß der, welcher sie gebraucht, ein alter wohlgeschulter Diplomat ist, nicht aber ein junger Fürst, der sich zwar tapfer zu schlagen weiß, aber noch der Erfahrung entbehrt, um sich aus schwierigen Verhältnissen herauszuwickeln.

Die Macht der Ereignisse hat aus dem Fürsten Alexander auch einen tüchtigen Diplomaten gemacht, und die Russen, welche Bulgarien als russische Provinz behandelten, sind seine Lehrmeister gewesen. Die Kämpfe, welche Fürst Alexander mit dem General Sobolew um die Herrschaft in seinem eigenen Lande zu bestehen hatte, haben ihn die Mittel finden und anwenden gelehrt, um alle fremden Einflüsse von seinem Lande fern zu halten. Mit dem Entschluß der türkischen Regierung, auf die Sendung Djevdet Paschas Verzicht zu leisten, ist der erste Schritt zur Unabhängigkeit Bulgariens von der Türkei gethan, und Fürst Alexander ist der Mann dazu, um diesem ersten Schritt die übrigen Schritte folgen zu lassen.

Durch die Veränderung des Verhältnisses Bulgariens zur Türkei ist auch der Stand der Dinge auf dem Kriegsschauplatze in Mitleidenschaft gezogen worden, die Serben haben die Ueberzeugung gewonnen, daß Europa ihnen nicht wohl will und daß auch Oesterreich in die Unmöglichkeit versetzt ist, ihnen zu helfen. Die Einmischung des Grafen Khevenhüller hat ihnen nur soviel genützt, daß sie vor der vollständigen Niederlage bewahrt geblieben sind, aber sie hat nicht vermocht, den Fürst von Bulgarien gänzlich um die Früchte seines Sieges zu bringen. Die Vorstellungen, welche der Fürst den Mächten gemacht hat, sind auf diese nicht ohne Eindruck geblieben. Die Mächte müssen dem Fürsten darin beistimmen, daß Serbien nur Zeit zu neuen Rüstungen gewinnen wollte, und daraus haben sie in Belgrad kein Hehl gemacht. Mit schwerem Herzen hat König Milan sich endlich dazu verstanden, in Waffenstillstandsverhandlungen ohne jede Rücksicht auf die politische Lage einzutreten, also die Forderung fallen zu lassen, daß der frühere Zustand in Ostrumelien wiederhergestellt werde. Die Bedingung, daß sich die bulgarische Regierung gleichfalls den Entscheidungen der Militärcommission fügen müsse, läßt sich nur als ein Zusatz auffassen, hinter welchem sich die Unmöglichkeit verschanzt, den serbischen Wünschen die Erfüllung zu sichern.

Von Bulgarien ist bereits eine indirecte Antwort auf den serbischen Vorbehalt erfolgt, die Bulgaren verwahren sich gegen die Zumuthung, daß unter diesem Vorwande die Serben das Verbleiben auf bulgarischem Boden im Widdiner District erreichen. Ein Waffenstillstand ist nur auf serbischem Boden möglich; so lange noch ein Serbe auf bulgarischem Boden steht, hat Bulgarien das Recht, die Serben über die Grenze zurückzujagen, weil diese Vertreibung unzweifelhaft erfolgt wäre ohne den österreichischen Eingriff. Die europäische Commission, welche sich sodann auf den Kriegsschauplatz begeben hat, um die neutrale Zone zwischen beiden kriegführenden Parteien zu bestimmen, kann sich der Wahrnehmung nicht verschließen, daß die Bulgaren mit ihrer Forderung vollkommen im Rechte sind.

Die Kraft, welche die Thatsachen besitzen, hat sich auch darin gezeigt, daß die in der Conferenz hervorgetretene Uneinigkeit der Mächte der serbisch-bulgarischen Streitfrage gegenüber sofort verschwunden ist, nachdem die Trennung der ostrumelischen Frage von der serbisch-bulgarischen Frage geschehen war. England, welches der Wiederherstellung des früheren Zustands in Ostrumelien unbedingt ablehnend gegenüberstand, ist der Militärcommission, welche den Waffenstillstand zwischen Serbien und Bulgarien vorzubereiten hat, mit Frankreich beigetreten, so daß alle europäischen Großmächte sich gegenwärtig in dem Bestreben begegnen, den verderblichen Streit zwischen den beiden Balkan-Völkern zu beenden. Einer solchen gemeinsamen Anstrengung wird auch der Erfolg nicht fehlen, und Bulgarien wird zufrieden sein, wenn die Einheit zwischen Nord- und Südbulgarien in irgend einer annehmbaren Form aufrecht erhalten bleibt und wenn die Serben den Boden Bulgariens räumen, während Pirot in den Händen der Sieger bleibt, bis der Friede geschlossen ist.

Mit der Entschädigungsfrage wird es vermuthlich ebenso werden wie mit der Verquickung der politischen und militärischen Frage, welche Serbien zuerst durchzuführen versuchte, später aber fallen ließ. Die öffentliche Meinung in ganz Europa hat für das siegreiche von Serbien hinterrücks überfallene Bulgarien Partei genommen und die Einmischung Oesterreichs als zum Schaden Bulgariens geschehen verurtheilt. Oesterreich kann deshalb seinen schweren Fehler nur dadurch wieder gut machen, daß es allen Beschlüssen zustimmt, welche die europäischen Mächte fassen, um Bulgarien zu seinem Rechte zu verhelfen. Recht ist es unter allen Umständen, daß derjenige, welcher den Frieden bricht und obendrin geschlagen wird, die Kosten des Friedensbruchs trägt. Wäre Bulgarien ein unabhängiger Staat und hätte es mit Serbien allein zu thun, so würde Fürst Alexander seinen Sieg verfolgt und König Milan zur Abdankung gezwungen, sein Land aber mit Bulgarien vereinigt haben. Da Bulgarien aber, wenn auch nicht thatsächlich, so doch theoretisch, ein Vasallenstaat der Türkei ist, so haben die europäischen Mächte, voran Oesterreich, auf Bulgarien einen Druck ausgeübt, das Opfer, welches bereits in seinen Händen war, wieder freizugeben. Ganz ohne Wirkungen für die Gesammtlage auf der Balkanhalbinsel wird dieser Kampf sicher nicht bleiben, die Bulgaren haben der Welt gezeigt, daß sie hinreichende Kraft besitzen, um sich gegen den Angriff einer an Zahl überlegenen Macht mit durchschlagendem Erfolg zur Wehr zu setzen und sie zu überwinden. Serbien und die Türkei haben diese Thatsache bereits anerkannt, und die europäischen Mächte werden daraus die weiteren Schlußfolgerungen ziehen. Der Friede zwischen Serbien und Bulgarien ist in Sicht, ob auch eine neue Befestigung des europäischen Friedens, bleibt abzuwarten.

Leipzig, 16. December 1885.

* Am Tage des 25jährigen Regierungs-Jubiläums des Kaisers wird in Preußen in dem am Sonntag, den 3. Januar, abzuhaltenden Gottesdienst folgendes Allgemeine Kirchengebet mit Allerhöchster Genehmigung eingeschaltet werden: „Laß, o Herr, Deine Gnade groß werden über den Kaiser, unseren König und Herrn, und wie Du 25 Jahre lang die Regierung in seiner Hand behalten, ihn dabei aus großen Gefahren errettet, in Krieg und in Frieden mit Barmherzigkeit überschüttet und mit Ehren gekrönt hast — gepriesen sei dafür Dein heiliger Name! — so sei auch ferner sein Schirm und sein Schild und sein großer Lohn, bewahre ihm noch Geist, Seele und Leib in rüstiger Kraft und setze ihn nach wie vor unserem Volk und Land zu bleibendem Segen. Amen."

* Zum Antrag Helldorff äußert sich auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung". Das gouvernementale Blatt schreibt:

Das Schicksal des v. Helldorff'schen Antrags auf Verlängerung der Legislaturperiode konnte schon nach den vorgängigen Auslassungen der Parteipresse als entschieden angesehen werden, und die Debatte im Reichstage hat die Situation nicht geändert.

Das Fractionsinteresse blieb maßgebend für die Stellungnahme zu dem Antrage, welchem so viele gewichtige Gründe zur Seite stehen, und wenngleich man selbst auf „freisinniger" Seite sich zu dem Geständniß bequemt hatte, daß die längere Ausdehnung der Legislaturperioden die Volksrechte an und für sich nicht alterire, so behielt doch die Rücksicht auf die augenblickliche Lage und die Chancen der Parteien bei einer Verlängerung der dreijährigen Mandate die Oberhand.

Einen principiellen Standpunkt zu der Frage nahm nur die Socialdemokratie bei Begründung ihres Gegenantrags ein. Sie widersprach der Verlängerung der Legislaturperiode, weil das Volk, je öfter es zur Ausübung seines Wahlrechts berufen werde, auch um so öfter Gelegenheit bekomme, seinen Willen zu bekunden. Dadurch werde sein Selbstbewußtsein gesteigert, und um dieses Gewinnes willen werde den sich rasch wiederholenden Wahlmühen gegenüber keine Müdigkeit vorgeschützt.

Eine solche Auffassung entspricht durchaus dem demokratischen Princip, aber es fehlt ihr der Muth der Consequenz. Wie sollte die Demokratie, „deren Ziel die Regierung des Volkes durch das Volk ist", sich damit begnügen, daß dasselbe nur alle zwei Jahre um seinen Willen befragt werde! Allerdings hat es ja seine große Schwierigkeit, für die Fluctuationen der öffentlichen Meinung ein durchschnittliches Zeitmaß zu finden, und doch wird man dieser Aufgabe sich nicht entziehen können, wenn man nicht nach dem Vorbilde weiland Lindenmüller's im Jahre 1848 das Volk täglich in Comitien versammeln und seinen Willen durch energische Resolutionen aussprechen lassen will.

Da nun der Jahresverlauf für das geschäftliche wie für das sociale Leben maßgebend für die Regulirung aller Etats geworden ist, so dürfte auch das politische Leben sich dieser Gewohnheit am leichtesten anbequemen lassen, und alljährlich wiederkehrende Wahlen dürften dem Volke die Gelegenheit geben, rechtzeitig dagegen Einspruch zu erheben, daß keine „Mode vom vorigen Jahre" sich in das öffentliche Leben einbürgert.

Selbst der Abg. Windthorst, welcher sich dieses Mal gegen die Verlängerung der Legislaturperiode aussprach, dürfte gegen eine solche Verkürzung kaum etwas einzuwenden haben, wenn er gleich im Gegensatze zu den Demokraten weniger die Hebung des Selbstbewußtseins der Wähler als die der Gewählten ins Auge faßte. Wie Antäus aus der Berührung des Erdbodens neue Kräfte, so schöpft Abg. Windthorst frische Kraft aus der Berührung mit seinen Wählern, und wer sollte ihm mißgönnen, wenn er, wie die Palme durch ihre Jahresringe, so durch die Summe der Mandatserneuerungen seine Lebenskraft bezeugen möchte.

Nur dem Alltagsbürger könnte bei der demokratischen Perspective bange werden, zumal eine Verkürzung der politischen Mandate nicht ohne Rückwirkung auf die Dauer anderer Mandate bleiben könnte, um welche der Staatsbürger sich bei den Wählern zu bewerben hätte, wenn er in der politischen oder Kirchengemeinde, in der Berufsgenossenschaft u. s. w. seinen Platz finden will. Aber was dem Alltagsbürger unvereinbar scheint mit den Bedingungen der Existenz, macht der Socialdemokratie kein Kopfzerbrechen.

Wenn Euch die Wahlen zu viel Zeit kosten — rief Abg. Kayser den Zaghaften zu — so nehmt den Sonntag zu Hilfe. Gewiß war der Herr Abgeordnete sich auch dessen bewußt, daß die Wahl selbst weniger Zeit raubt, als die Wahlvorbereitung und deren zerstreuender Einfluß. Schließlich aber würde die Socialdemokratie wohl auch hierauf bei Normirung des Arbeitstages Rücksicht nehmen, so daß dem Arbeiter ohne Verkürzung des Lohnes die nöthige Zeit belassen würde, um sich in den Parteiversammlungen für den Wahlact vorbereiten zu lassen.

* An Stelle des Herrn Oberlandesgerichts-Präsidenten v. Holleben, der seinen Wohnort außerhalb Berlins verlegt hat, ist der regierende Graf Otto zu Stolberg-Wernigerode, Oberst-Kämmerer, Generalmajor à la suite der Armee, zum Vorsitzenden des Centralcomités des Preußischen Vereins zur Pflege im Felde verwundeter und erkrankter Krieger — mit welcher Stelle gleichzeitig der Vorsitz in dem Centralcomité der deutschen Vereine vom rothen Kreuz verbunden ist — gewählt worden und hat die auf ihn gefallene Wahl angenommen.

* * *

* Aus Böhmen und Mähren meldet die „Deutsch-böhmische Correspondenz": „Wir lassen nie und nimmer das Königreich Böhmen, unser einziges und heiliges Vaterland zerreißen", so widerhallte es dieser Tage in allen Tonarten im czechischen Chorus, als der bekannte Piener Antrag auf nationale Abgrenzung der Kreisgerichtssprengel besprochen wurde; weil Piener von einem geschlossenen deutschen Sprachgebiete in Böhmen sprach, wurde er ein zweiter Ganganelli, der keinen Funken Ehre im Leibe habe, eine Schmach, wie sie bisher auch von den Czechen noch nie gegen hochangesehenen Abgeordneten geübt wurde; man leugnete also das Heimathsrecht der Deutschen in Böhmen, wovon es ganze Kreise giebt, in denen auch kaum ein einziger Czech lebt. Die aberwitzigste Frucht jedoch, die der Nationalitätenkampf bisher gezeitigt hat, ist der Gleichberechtigungsantrag des Dr. Trojan, der alles Dagewesene, selbst die Fundamentalartikel der Hohenwart-Aera überbietet. Der gesammte czechische Club billigte diesen Antrag, der am verflossenen Sonnabend im böhmischen Landtage gestellt wurde, und der in seinen Consequenzen das Ungeheuerlichste darstellt, was je einem einheitlichen Staatswesen zugemuthet wurde. Alle einheitliche Reichsverwaltung soll aufhören, denn sie verstößt gegen die „Gleichberechtigung". Nicht allein in Böhmen soll czechisch und deutsch amtirt werden, wie alle Behörden, die Centralstellen und Ministerien nicht ausgenommen (also auch die Heeresverwaltung mit einbegriffen!) sollen verpflichtet sein, jede Eingabe in der Sprache des Petenten zu erledigen! Herrscht heute schon in Böhmen, bei der zweisprachigen Amtsführung oft ein buntes Durcheinander, fast immer aber ein langsameres Amtiren, wie kunterbunt müßte es bei der Centralstation dann aussehen, welche dann in polnischer, czechischer, ruthenischer, italienischer, slowenischer, kroatischer und zuletzt auch in deutscher Sprache amtiren müßten. Siebensprachige Ministerien für Cisleithanien! Hier hat der slawische Größenwahnsinn ein politisches Unicum verlangt, das freilich nur eine Art symptomatischer Bedeutung hat; denn der Antrag des czechischen Clubs ist ein nebuloser, so lange es überhaupt noch ein Oesterreich giebt. Soll der Antrag eine reale Basis haben, dann setzt er die Zerstückelung Oesterreichs in einzelne Ländergruppen voraus; ihn im heutigen Oesterreich durchzuführen, ist eine Unmöglichkeit, an welcher auch ein zehnfach gesinnungsgetreues Können, als das des Grafen Taaffe, scheitern muß. — Die mährischen Czechen arbeiten noch nicht in so großem Stil, wie die böhmischen, sie suchen es aber den letzteren gleichzuthun. Der Gesetzesantrag Schrom (neue Wahlordnung für Mähren) sucht vor Allem den Czechen die Majorität im Landtage zu schaffen. Der Kleinkampf um die Schule wird erbitterter als je in Mähren geführt, und die czechisch-clericale Agitation beginnt auch bei den czechischen Mähren den Wunsch zu erregen, das Deutschthum in Mähren zu vernichten. Als es sich um die Erhaltung einer deutschen Realschule in Brünn, respective um Unterstützung dieser Anstalt aus Landesmitteln handelte, wurde ein czechischer Hetzplan, Pater Weber, die Bestimmung, daß diese Schule deutsch bleiben solle, eine Barbarei, ein Janitscharenstück. Und doch zählt Brünn über 60,000 Deutsche, gegen 28,000 Czechen. Der greise, gewiß nicht als Heißsporn bekannte deutsche Historiograph v. D'Elvert, mußte P. Weber's Aeußerungen als „Gemeinheit" zurückweisen; eine Idylle aus der mährischen Landtagsstube!"

* Die panslawistischen Aeußerungen aus Rußland, die unverhüllte Sprache des „Aksakoff'schen „Russ" gegen Deutschland-Oesterreich („Nur über ein slawisches Wien führe der Siegeslauf Rußlands nach Konstantinopel") kamen den österreichischen Slawen diesmal etwas unbequem. Dieselben Leute, die seiner Zeit nach Moskau pilgerten, und Memoranda an Napoleon III. richteten, befolgen heute die Taktik, die Tragweite der nationalen Kämpfe in Oesterreich zu verhüllen, sie als harmlos und ungefährlich hinzustellen. Sie wollen kein Wässerlein trüben und empfinden ja keine Slawisirungsgelüste in Oesterreich, sie wollen nur nicht die „Unterdrückten" sein. Die Biedermänner! — Wie sich ihre Worte mit ihren Handlungen decken, hat neulich wieder Herr Rieger, der einstige Führer der slawischen Deputation bei dem Zaren, deutlich bewiesen. Nach ihm sind die Deutsch-Oesterreicher Hochverräther, und der Deutsche Schulverein verfolge politische Ziele (Germania Irredenta). Das Czechoslawische Volk werde aber, wie in den Hussitenzeiten, überall verfolgt und verleumdet. „Wie in den Hussitenzeiten!" Der Hinweis kam zu rechter Zeit. Die armen unterdrückten Hussiten! — Der Deutsche Schulverein muß also nach Rieger'scher Logik aufgelöst werden, und in der That werden im böhmischen Landtage Petitionen auf Auflösung des Deutschen Schulvereins eingebracht. Man will sogar die „Gleich-